



Adis Ahmetović, MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses
Obmann im Unterausschuss für
Internationale Klima- und Energiepolitik

Pressemitteilung

Rede von Adis Ahmetović, MdB – „Der russische Versuch, Grenzen neu zu ziehen, muss scheitern“

Berlin, 23.02.2024

Adis Ahmetović, MdB

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73194
adis.ahmetovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Im Kreuzkampe 1
30655 Hannover
Telefon: +49 511 699 805
adis.ahmetovic.wk@bundestag.de

Pressekontakt:

Jasmin Schönberger
adis.ahmetovic.ma07@bundestag.de
Telefon: 0176-22882667

<https://adis-ahmetovic.de/>

Rede von Adis Ahmetović, MdB, zum zweijährigen Jahrestag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Anwesende,

ganze zwei Jahre sind vergangen, seit Russland seinen großangelegten Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine begann. Wir alle wissen allerdings: Begonnen hat dieser Krieg bereits viel früher: Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014. Das heißt heute vor zehn Jahren.

Der russische Präsident Wladimir Putin versucht, die Grenzen in Europa neu zu ziehen. Mit einem Aggressionskrieg, wie ihn der europäische Kontinent seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine – es ist ein Krieg gegen unsere norm- und wertebasierte Weltordnung, gegen unser freiheitlich-demokratisches System und unsere europäischen Werte.

Putin träumt offen von einer Wiederherstellung des russischen Zarenreiches, in dem es keinen Platz für ein freies, demokratisches Europa gibt. Das müssen wir verstehen und uns diesen verrückten Machtfantasien entgegenstellen.

Dieser brutale Angriffskrieg wird auch ganz gezielt gegen Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine geführt. Verbrechen gegen die Menschlichkeit passieren nicht zufällig, sondern gehören zu Putins Kriegsstrategie. Wir alle kennen die schrecklichen Bilder, vor allem aus Butscha, aber auch aus Städten wie Irpin oder Kramatorsk. Das Leid der Zivilbevölkerung durch diesen gezielten Terror ist nur schwer greifbar. Wir sehen dieses große Leid. Gerade auch deshalb nimmt uns dieser Krieg so mit.



Wir haben Mitgefühl und Empathie für die Ukrainerinnen und Ukrainer. Viele Menschen in Deutschland – gerade auch hier in Hannover – haben in den vergangenen Monaten und Jahren eine beeindruckende Solidarität und Hilfsbereitschaft gezeigt. Dafür möchte ich Ihnen, als Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter, an dieser Stelle herzlich danken. Ich bin für die Aufnahmebereitschaft der Region und der Landeshauptstadt Hannover von Geflüchteten und der hannoverschen Gesellschaft für die tatkräftige Solidarität dankbar. Gleichmaßen danke ich auch unseren ukrainischen Freundinnen und Freunden für ihr großes Engagement - stellvertretend dem UVN e. V. und Oksana Janzen. DANKE.

Meine Damen und Herren,

Kriege wie der jener in der Ukraine sind komplex und facettenreich. Viele Dinge spielen sich zeitgleich ab und einfache Lösungen zur Beendigung solcher Kriege gibt es leider nicht. Solche Kriege belasten uns und sind mit ganz unterschiedlichen Gefühlen und Ansichten verbunden. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir uns als Gesellschaft respektvoll und konstruktiv darüber austauschen.

Heute möchte ich einige Dinge betonen, die mir besonders wichtig sind. Zunächst einmal einige Feststellungen:

Erste Feststellung: Russland hat die Ukraine angegriffen, nicht umgekehrt. Russland hat am 24. Februar 2022 die Ukraine zum zweiten Mal in Folge in wenigen Jahren Abstand militärisch überfallen. Mit dem Ziel: Die ukrainische Regierung zu stürzen, die Ukraine bis nach Kiew zu erobern. Dafür riskiert Putin tagtäglich zivile Opfer in der Ukraine, nutzt junge russische Soldatinnen und Soldaten als Kanonenfutter.

Zweite Feststellung: Es hätte nicht zu diesem Krieg kommen müssen. Allein und ganz allein Russland, das autokratische Regime rund um Putin haben sich dazu entschlossen, den Weg der militärischen Invasion einzuschlagen.

Vor Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 liefen intensive diplomatische Initiativen und Gespräche:

- bilateral
- über die EU,
- zwischen NATO und Russland,
- im Europarat,
- bei den Vereinten Nationen,



- im Normandie-Quartett,
- und auch auf Ebene der Zivilgesellschaft.

Den Krieg verhindern konnten diese Bemühungen aber leider nicht, weil EINE, ausschließlich nur EINE Seite, keinen Kompromiss und keine Lösung wollte.

Dritte Feststellung: Für Putin gibt es keine souveräne Ukraine. Der russische Präsident träumt von einer Wiedergeburt des Russischen Zarenreichs – einem Großreich unter seiner Herrschaft. In seinem Wahn hat er Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land systematisch abgebaut und möchte in dieser Logik unter anderem die Ukraine gewaltsam erobern. Wer also glaubt, dass der russische Imperialismus an den westlichen Grenzen der Ukraine Halt machen würde, täuscht sich. Zu Putins Großmachtphantasien gehören Länder dazu wie Litauen, Lettland, Estland, Georgien und Moldau sowie Polen und Finnland.

Vierte Feststellung: Diplomatie statt Gewalt ist eine ehrenwerte Idee, aber leider nicht realistisch. Die Annahme, dass wir durch das Einstellen von Waffenlieferungen und einer Intensivierung unserer diplomatischen Bemühungen ein Ende des Krieges mit einem nachhaltigen Frieden erzielen können, ist verlockend, aber so nicht richtig. Auch heute, zwei Jahre nach Kriegsausbruch, ist Russland nicht an einer diplomatischen Lösung interessiert, sondern setzt seinen brutalen Krieg fort – auch weiter gezielt gegen Zivilistinnen und Zivilisten. Sogar Friedensinitiativen aus China und Brasilien haben keinen Anklang in Putins Ohren gefunden.

Und die Anerkennung dieser Realität führt mich zu **Fünftens** – und daraus entziehen wir demokratischen Fraktionen im Bundestag unsere Geschlossenheit und unsere gemeinsame außenpolitische Entschlossenheit:

Ohne unsere deutsche Unterstützung, ohne internationales Engagement würde es keine Ukraine mehr geben und ein noch viel größerer Flächenbrand in Osteuropa würde entfachen. Sollte die Ukraine fallen, würde dies andere autokratische Kräfte in Europa, motivieren, Grenzen erneut gewaltsam zu verschieben. Wir sehen solche Bestrebungen bereits zwischen Armenien und Aserbaidschan. Länder wie die Moldau, Bosnien und Herzegowina, Kosovo oder Montenegro könnten folgen. Drängen wir diese Macht- und Kriegsfantasien nicht zurück, könnten wir als EU – und letztlich auch



wir in Deutschland – aus zwei Himmelsrichtungen schwer bedroht werden: Osteuropa und Südosteuropa.

Meine Damen und Herren,

aus diesem Grund bedarf es einer Außen- und Sicherheitspolitik, die nicht nur auf Diplomatie setzt, sondern auch auf militärische Stärke. Wir wollen, dass sich unsere mittelbaren und unmittelbaren Nachbarn an internationale Abkommen und Verträge sowie an gezogene Grenzen, so wie wir sie seit Jahrzehnten kennen, halten. Nicht mehr, nicht weniger.

Zugleich nehmen wir wahr, dass viele Menschen in unserem Land sehr verunsichert sind. Sie können mir glauben,

- ich verfolge die Debatten auf Instagram, TikTok und Telegram,
- ich lese die vielen Briefe und Mails, die mich täglich erreichen, und
- ich höre den Menschen in meinen Bürgersprechstunden sehr aufmerksam zu.

Die Verunsicherung, die Sorgen und Ängste, die ich dabei mitbekomme, nehme ich sehr ernst und habe dafür großes Verständnis.

Wir leben aktuell in einer Welt mit vielen verschiedenen Krisen, die wir, aber vor allem Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, parallel zu stemmen haben. Der Krieg in der Ukraine hat uns auch in unserem Land getroffen – zusätzlich zu all dem, was schon anstand. Heizen, Wohnen, Tanken, Einkaufen – es ist einiges teurer geworden. Etwas pessimistisch formuliert könnte man die derzeitige Lage in drei Worten zusammenfassen: Krisen, Kriege und Katastrophen.

Ich habe daher Verständnis für alle, die sich nach einem Ende des Krieges und nach mehr Normalität sehnen – wir alle tun das. Klar ist aber: Auslöser der Inflation waren nicht Fehler dieser Regierung, sondern die Kriegstreiberei Putins.

Wir haben darauf aber schnell reagiert

- mit einem Abbau von Abhängigkeiten zu Russland in Rekordzeit,
- mit Sanktionspaketen der Europäischen Union,
- mit einer Nationalen Sicherheitsstrategie,



- und mit Entlastungsmaßnahmen und Preisbremsen, welche die Folgen der Inflation abfedert haben und weiterhin abfedern sollen.

Meine Damen und Herren,

viele Bürgerinnen und Bürger haben auch ein komisches Gefühl, wenn wir mit vielen Milliarden von Euro jetzt weiter die Ukraine bei ihrer Verteidigung unterstützen, während wir bei uns im Land in einigen Bereichen sparen müssen. Wir müssen aber verstehen, dass es bei der Unterstützung der Ukraine nicht um Geschenke geht, sondern um eine Investition in die Sicherheit Europas und damit auch in unsere eigene Sicherheit. Die Ukraine verteidigt auch uns, unsere Sicherheit und Demokratie!

Meine Damen und Herren,

was ich heute sage, ist nichts Neues oder Außergewöhnliches. Und in Berlin arbeiten wir im Parlament, aber auch die Bundesregierung weiterhin hart daran, die Situation zu verbessern:

Ich persönlich habe viele dieser Punkte zuletzt in einer Rede vom 18.01.2024 im Deutschen Bundestag klar benannt.

- Vergangene Woche Freitag haben Bundeskanzler Scholz und der ukrainische Präsident Selenskyj eine Sicherheitsvereinbarung unterzeichnet.
- Und diese Woche, am vergangenen Donnerstag, haben wir im Deutschen Bundestag einen Antrag verabschiedet, in dem wir eine mehr als deutliche Sprache gefunden haben.

Wir handeln – mit Verantwortungsbewusstsein und Weitsicht – stets im Austausch mit Ihnen, den Mitbürgerinnen und -bürgern in Deutschland.

Ein Appel zum Schluss:

Lassen Sie sich nicht von populistischen Versprechungen oder vermeintlich einfachen Lösungen täuschen, sondern akzeptieren Sie die Realität, bleiben Sie im Austausch, und unterstützen Sie sich gegenseitig.



Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag werde ich mich weiterhin vehement dafür einsetzen, dass wir möglichst bald einen echten, nachhaltigen Frieden in der Ukraine erzielen können. Vielen Dank all jenen, die mich dabei jeden Tag so engagiert unterstützen.

Vielen Dank, dass Sie heute hier sind und ein Zeichen setzen und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Danke Hannover!